

Medienmitteilung des Initiativ-Komitees "Für bezahlbare Wohnungen" zu den steigenden Mietpreisen

Wohn-Initiative "Für bezahlbare Wohnungen" wirkt gegen steigende Mieten

Die Mietpreise in der Stadt Bern steigen stetig. Allein im letzten Jahr nahmen die Mietkosten um 0.6 Prozent zu, was doppelt so viel ist wie im Vorjahr. Die von einem überparteilichen Komitee lancierte Initiative "Für bezahlbare Wohnungen" kann hier Gegensteuer geben. Die Initiative fordert, dass bei Um- und Neueinzonungen ein Drittel des neu erstellen Wohnraums von gemeinnützigen Bauträgern oder nach preisgünstigen Kriterien erstellt und in Kostenmiete vermietet wird. Die Förderung des Gemeinnützigen Wohnungsbaus ist das wirksamste Mittel gegen steigende Mieten, da die Immobilien der Spekulation entzogen werden und damit die Mietpreise nachhaltig gedämpft werden.

Die Mietpreise in der Stadt Bern steigen ungebremst weiter. Im letzten Jahr wurden die Mieten um 0.6 Prozent erhöht, was doppelt so viel ist wie im Vorjahr. Die Mietpreise stiegen seit 2004 insgesamt um 13.9 Prozent und liegen damit weit über der Entwicklung der Konsumentenpreise. Das heisst, dass die Mieten in der Stadt Bern im Vergleich zum Warenkorb überdurchschnittlich angestiegen sind. Die Entwicklung der Mietpreise in der Stadt Bern ist vergleichbar wie in der Stadt Basel. Das wirksamste Instrument gegen steigende Mieten ist die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Stadt Bern. Damit werden die Mietpreise nachhaltig gedämpft, da die Immobilien der Spekulation entzogen werden.

Mit der im Mai 2012 von einem breiten überparteilichen Komitee lancierten Initiative "Für bezahlbare Wohnungen" kann die Berner Stimmbevölkerung nun Gegensteuer geben. Die Initiative fordert, dass bei Um- und Neueinzonungen ein Drittel des neu erstellen Wohnraums von gemeinnützigen Bauträgern oder nach preisgünstigen Kriterien erstellt und in Kostenmiete vermietet wird. Bei Um- und Neubauten kann das Nutzungsmass um 20 Prozent erhöht werden, wenn preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird. Die städtische Bauordnung soll entsprechend geändert und die Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus soll explizit als Ziel der städtischen Wohnbaupolitik verankert werden.

Die Initiative wird am 18. Mai 2014 zu Abstimmung kommen. Damit kann die Stadt Bern sicherstellen, dass die Mieten in der Stadt Bern gedämpft werden und mehr bezahlbarer Wohnraum erstellt wird.

Weitere Auskünfte

Seraphine Iseli, Kampagnenkoordinatorin Initiative «Für bezahlbare Wohnungen», 079 306 46 47, info@wohnenfueralle.ch, www.wohnenfueralle.ch